



«Keine Zionisten in Sion»: Antisemitismus mit grünem Logo

Die Jungen Grünen verbreiten eine antisemitische Ausschlussparole. Ihr Boykott trifft ausgerechnet israelische Fussballerinnen. Der Post enthält Falschinformationen und muss Konsequenzen haben.

Von David Spuler

Die Jungen Grünen Schweiz veröffentlichen einen Aufruf mit der Parole «Keine Zionisten in Sion!». Dazu fordern sie den Boykott Israels und wenden sich gegen das Frauenfussball-Länderspiel Schweiz–Israel vom 13. Oktober 2026.

Dieser Post ist kein politischer Ausrutscher am Rand einer ansonsten gelungenen Kampagne. Er zeigt ein grundlegendes Problem: Eine Organisation, die sich selbst Offenheit, Freiheit und den Kampf gegen Ausgrenzung zuschreibt, verbreitet eine antisemitische Ausschlussparole und verkauft sie als moralische Haltung.

Antizionismus ist Antisemitismus. Wer Zionisten aus Sion fernhalten will, kritisiert nicht die israelische Regierung. Er erklärt Menschen zu Unerwünschten, weil sie das Recht des jüdischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung bejahen.

Die selbst ernannte Partei gegen Ausgrenzung grenzt aus

Im eigenen Parteiprogramm erklären die Jungen Grünen, sie stünden für «gesellschaftlichen Zusammenhalt, Offenheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit». Sie wollten sich gegen «Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus» einsetzen. [Parteiprogramm der Jungen Grünen Schweiz](#)

«Keine Zionisten in Sion» ist das Gegenteil davon.

Die Parole benennt keine konkrete Entscheidung, keine verantwortliche Person und keine überprüfbare Handlung. Sie richtet sich gegen eine ganze politische und identitäre Gruppe. Zionisten sollen nicht willkommen sein. Ihre Überzeugung, dass auch das jüdische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat besitzt, soll sie zu Ausgeschlossenen machen.

Damit widerlegen die Jungen Grünen ihr eigenes Parteiprogramm in vier Wörtern. Ihre angebliche Offenheit endet beim Zionismus. Ihr Kampf gegen Ausgrenzung endet bei den Juden. Ihre viel beschworene Vielfalt gilt offenbar nur



«Keine Zionisten in Sion»: Antisemitismus mit grünem Logo

für Menschen, die in das eigene ideologische Weltbild passen.

Das ist keine progressive Politik. Es ist Antisemitismus mit grünem Logo.

Zionismus ist nicht Netanjahu

Der Begriff «Zionist» ist kein Synonym für einen Anhänger der heutigen israelischen Regierung. Zionisten können links oder rechts, religiös oder säkular, konservativ oder sozialistisch sein. Sie können die israelische Regierung unterstützen oder sie entschieden bekämpfen.

Was sie verbindet, ist die Überzeugung, dass das jüdische Volk ein Recht auf nationale Selbstbestimmung besitzt und Israel als jüdischer Staat existieren darf. Wer «Keine Zionisten» ruft, richtet sich deshalb nicht gegen eine Regierung: Er richtet sich gegen das Grundprinzip jüdischer Selbstbestimmung.

Die Jungen Grünen hätten die Regierung Netanjahu kritisieren können. Sie hätten einzelne Minister, Parteien oder politische Entscheidungen benennen können. Das taten sie nicht. Sie entschieden sich bewusst für die viel umfassendere Zielscheibe: Zionisten. Diese Wortwahl ist keine Ungenauigkeit. Sie ist der Kern der Botschaft.

Ausgerechnet israelische Fussballerinnen werden zum Feindbild

Der unmittelbare Anlass ist das Rückspiel der ersten Playoffrunde für die Frauenfussball Weltmeisterschaft 2027. Die Schweizer Nationalmannschaft trifft am Dienstag, 13. Oktober 2026, um 19.30 Uhr im Stade de Tourbillon in Sion auf Israel. Die Paarung entstand durch eine reguläre Auslosung des europäischen Fussballverbandes Uefa.

Die israelischen Spielerinnen sind Sportlerinnen. Sie sind nicht das israelische Kabinett. Sie beschliessen keine Gesetze und kommandieren keine Armee. Trotzdem sollen sie nach dem Willen der Jungen Grünen von einem internationalen Sportwettbewerb ausgeschlossen werden.

Damit offenbart sich auch die Doppelmoral des angeblichen Feminismus dieser Jungpartei. Solange Frauen in die eigene politische Erzählung passen, werden



«Keine Zionisten in Sion»: Antisemitismus mit grünem Logo

Sichtbarkeit, Teilhabe und Gleichberechtigung gefordert. Sobald die Frauen Israelinnen sind und den jüdischen Staat repräsentieren, sollen sie nicht mehr teilnehmen dürfen.

Israelische Frauen werden nicht als Individuen behandelt, sondern als Projektionsfläche. Ihre sportliche Leistung spielt keine Rolle. Ihre persönlichen Überzeugungen spielen keine Rolle. Es genügt, dass auf ihrem Trikot Israel steht. Das ist kollektive Ächtung, keine Gleichstellungspolitik.

Der SFV ist nicht der Bundesrat

Die Jungen Grünen behaupten, mit der Durchführung des Spiels stelle sich «die Schweiz» auf die Seite Israels.

Auch das ist eine bewusste Vermischung verschiedener Ebenen. Der Schweizerische Fussballverband SFV ist keine Bundesbehörde. Ein regulär angesetztes Uefa-Spiel ist keine aussenpolitische Unterstützungserklärung. Die Teilnahme einer Nationalmannschaft an einem Sportwettbewerb bedeutet nicht, dass das Austragungsland sämtliche Entscheidungen der betreffenden Regierung billigt.

Nach der Logik der Jungen Grünen wäre jedes Fussballspiel ein diplomatisches Bekenntnis. Sportlerinnen würden für sämtliche Handlungen ihres Staates persönlich haftbar gemacht. Diese Logik ist nicht nur falsch. Sie zerstört gerade jene individuellen Freiheiten, welche die Jungen Grünen angeblich verteidigen wollen.

Die Jungen Grünen sagen die Unwahrheit

Zur Rechtfertigung ihres Boykottaufrufs behaupten die Jungen Grünen, ein von Israel begangener Völkermord sei vom Internationalen Gerichtshof IGH anerkannt worden. Das ist falsch und unwahr. Der frühere Chefankläger des IGH, Karim Khan, hat vor wenigen Monaten sogar ausdrücklich gesagt, dass er bei seinen Untersuchungen keine Beweise für einen Genozid Israels in Gaza gefunden habe.

Das Verfahren ist weiterhin hängig. Die Jungen Grünen verwandeln somit vorsorgliche Massnahmen in ein angeblich rechtskräftiges Urteil. Ein solches gibt es aber noch nicht. Eine politische Organisation wie die Jungen



Grünen, die derart schwerwiegende Anschuldigungen erhebt, müsste den Unterschied kennen.

Dieser antisemitische Aufruf muss Folgen haben

Die Jungen Grünen müssen den Beitrag zurückziehen und sich öffentlich entschuldigen. Nicht stillschweigend löschen, nicht nachträglich umformulieren, nicht mit einer weiteren Erklärung relativieren. Sie müssen anerkennen, dass «Keine Zionisten» eine antisemitische Ausschlussparole ist.

Die GRÜNEN Schweiz als Mutterpartei müssen sich ebenfalls erklären. Wer bei jeder anderen Form gruppenbezogener Ausgrenzung laut Haltung verlangt, kann beim Antisemitismus der eigenen Jungpartei nicht schweigen.

Auch eine rechtliche Prüfung ist notwendig. Die zuständigen Behörden müssen klären, ob ein öffentlicher Aufruf, eine mit jüdischer Selbstbestimmung verbundene Personengruppe aus einer Schweizer Stadt oder einem Sportereignis fernzuhalten, rechtliche Grenzen überschreitet, insbesondere die Antirassismus-Strafnorm Artikel 261^{bis} des schweizerischen Strafgesetzbuches. Meinungsfreiheit schützt harte Kritik. Sie ist aber kein Freipass für Diskriminierung und öffentliche Ausgrenzung.

Sollte das geltende Recht solche Stellvertreterformulierungen nicht ausreichend erfassen, muss auch diese Lücke politisch diskutiert werden. Antisemitismus darf nicht dadurch folgenlos bleiben, dass statt «Juden» das Wort «Zionisten» eingesetzt wird.

Die Antwort gehört ins Stadion

Am Montag, 14. September 2026, um 14 Uhr beginnt der öffentliche Ticketverkauf. Jeder Mensch mit einem Funken Anstand sollte sich ein Ticket sichern. Am 13. Oktober sollte das Stade de Tourbillon voll sein mit Menschen, die der antisemitischen Ausschlussparole der Jungen Grünen friedlich und unmissverständlich widersprechen. Mit Schweizer Fahnen. Mit israelischen Fahnen. Mit Respekt für beide Mannschaften. Ohne Gewalt und ohne Einschüchterung.

Denn die Botschaft muss klar und gut sichtbar sein: Israelische Sportlerinnen sind in der Schweiz willkommen. Jüdische Selbstbestimmung ist kein Ausschlussgrund.



«Keine Zionisten in Sion»: Antisemitismus mit grünem Logo

Antisemitismus bleibt Antisemitismus – auch wenn er von einer Partei kommt, die sich für besonders tolerant hält.

David Spuler ist Politikanalyst mit Schwerpunkt auf Schweizer Politik, Israel und dem Nahen Osten. Er verfügt über einen akademischen Hintergrund in Politik, Philosophie und Wirtschaft (PPE) und vertieft derzeit seine politikwissenschaftliche Ausbildung in Zürich.